



AUSWÄRTIGES AMT

Dr. Wolfgang Trautwein

Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik

Berlin, den 7. Mai 2002

Tel. 01888/17-2600

Fax 01888/17-52600

An den
Präsidenten der Deutsch-Jordanischen
Gesellschaft e.V.
Herrn Wilfried Hubert
Andreasstraße 1

30159 Hannover

Sehr geehrter Herr Hubert,

hiermit möchte ich auf Ihr Schreiben an den Bundesminister des Auswärtigen vom 8. April 2002 zurückkommen, mit dem Sie die Bundesregierung bitten, in höherem Maße politischen Druck auf Israel auszuüben, um ein Ende der Gewalt im Nahen Osten zu erzielen.

Ich möchte Ihnen versichern, dass die Bundesregierung alles in ihrer Macht Stehende unternimmt, um in Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern und den USA sowie anderen internationalen und regionalen politischen Akteuren eine politische Umkehr von der militärischen Konfrontation zur politischen Konfliktlösung im Nahen Osten zu finden. Der Bundeskanzler und der Bundesminister des Auswärtigen haben dies am 25. April 2002 im Deutschen Bundestag erneut deutlich gemacht. Beigefügt finden Sie die Nahosterklärung der Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten vom 15./16. März 2002, der sie entnehmen können, dass die EU ihre Forderungen an beide Seiten richtet. Auch die von Ihnen angesprochenen Forderungen nach einem Rückzug israelischer Truppen und der Einstellung der israelischen Siedlungspolitik finden sich dort, ebenso wie das Angebot von unabhängigen Beobachtern.

Das von Ihnen geforderte Einfrieren von Militär- und Finanzleistungen Deutschlands und der EU halte ich nicht für sinnvoll. Soweit überhaupt Stellen in Israel finanzielle Leistungen von der EU und ihren Mitgliedstaaten erhalten, handelt es sich überwiegend um Organisationen, die im weiteren Sinne Ziele des Friedenslagers zu verwirklichen suchen. Ein Waffenembargo für Israel möchte ich vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit ausschließen.

Die Bundesregierung schätzt die Anstrengungen der arabischen Länder, die die Friedensinitiative des Gipfels der Arabischen Liga in Beirut vom 27./28. März 2002 vorbereitet hatten, hoch ein. Die



AUSWÄRTIGES AMT

Dr. Wolfgang Trautwein

Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik

Berlin, den 7. Mai 2002

Tel. 01888/17-2600

Fax 01888/17-52600

An den
Präsidenten der Deutsch-Jordanischen
Gesellschaft e.V.
Herrn Wilfried Hubert
Andreasstraße 1

30159 Hannover

Sehr geehrter Herr Hubert,

hiermit möchte ich auf Ihr Schreiben an den Bundesminister des Auswärtigen vom 8. April 2002 zurückkommen, mit dem Sie die Bundesregierung bitten, in höherem Maße politischen Druck auf Israel auszuüben, um ein Ende der Gewalt im Nahen Osten zu erzielen.

Ich möchte Ihnen versichern, dass die Bundesregierung alles in ihrer Macht Stehende unternimmt, um in Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern und den USA sowie anderen internationalen und regionalen politischen Akteuren eine politische Umkehr von der militärischen Konfrontation zur politischen Konfliktlösung im Nahen Osten zu finden. Der Bundeskanzler und der Bundesminister des Auswärtigen haben dies am 25. April 2002 im Deutschen Bundestag erneut deutlich gemacht. Beigefügt finden Sie die Nahosterklärung der Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten vom 15./16. März 2002, der sie entnehmen können, dass die EU ihre Forderungen an beide Seiten richtet. Auch die von Ihnen angesprochenen Forderungen nach einem Rückzug israelischer Truppen und der Einstellung der israelischen Siedlungspolitik finden sich dort, ebenso wie das Angebot von unabhängigen Beobachtern.

Das von Ihnen geforderte Einfrieren von Militär- und Finanzleistungen Deutschlands und der EU halte ich nicht für sinnvoll. Soweit überhaupt Stellen in Israel finanzielle Leistungen von der EU und ihren Mitgliedstaaten erhalten, handelt es sich überwiegend um Organisationen, die im weiteren Sinne Ziele des Friedenslagers zu verwirklichen suchen. Ein Waffenembargo für Israel möchte ich vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit ausschließen.

Die Bundesregierung schätzt die Anstrengungen der arabischen Länder, die die Friedensinitiative des Gipfels der Arabischen Liga in Beirut vom 27./28. März 2002 vorbereitet hatten, hoch ein. Die

Bundesregierung steht in engem Kontakt mit der jordanischen Regierung und ist daher darüber informiert, dass diese schon seit längerer Zeit Überlegungen für einen derartigen Schritt angestellt hatte. Auch die Regierung Jordaniens ist sich bewußt, dass es zu der Politik des Friedens und des Ausgleichs mit Israel keine Alternative gibt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of three distinct parts: a stylized 'L' or 'H' shape on the left, a more complex, cursive-like middle section, and a simple horizontal line on the right.